

"Europa - der Elefantentest" in The Observer (10. Dezember 2000)

Legende: Nachdem die „Euroskeptiker“ die Alarmglocken geläutet und vor der Umwandlung der Europäischen Union in einen Superstaat gewarnt haben, führt die britische Sonntagszeitung The Observer im Dezember eine Untersuchung bei einigen Experten für Europa-Fragen durch, um die Rechtsnatur der Organisation zu ermitteln.

Quelle: The Observer. 10.12.2000. London. "Europe - the elephant test", auteur:Beaumont, Peter; Staunton, Denis; Osborn, Andrew.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/europa_der_elefantentest_in_the_observer_10_dezember_2000-de-ed293139-a29b-40ee-bcd5-69009c31aff6.html



Publication date: 05/07/2016

Europa – der Elefantentest

*Es hat einen Präsidenten und ein Parlament, eine Währung, einen Gerichtshof, eine Champions League und jetzt sogar eine Streitmacht. Ist es also ein Superstaat? Nun, nicht ganz. Der Gipfel in Nizza ist Teil der Entwicklung der EU zu einer völlig neuen Art der Allianz, meinen Experten: Sonderbericht von **Peter Beaumont**, Auslandsredakteur, und **Denis Staunton** in Nizza, zusammen mit **Andrew Osborn** in Brüssel*

Nennen wir es den Elefantentest. Wenn etwas aussieht wie ein Elefant und klingt wie ein Elefant, dann – so der Test – ist es ein Elefant. Letzte Woche wurde der ursprünglich von William Hague beschriebene Elefantentest auf die entstehende Gestalt der Europäischen Union angewandt.

Wenn etwas eine Flagge hat – so die Euroskeptiker – und eine eigene Hymne, Einheitspässe und eine Einheitswährung, einen Präsidenten und Gesetze, dazu künftig eine Verfassung und eine Streitmacht, dann ist es ein europäischer Superstaat.

Was das bedeutet, wurde in apokalyptischen Bildern von genau den Euroskeptikern erklärt, die den Elefantentest dazu benutzt haben, das künftige Gefüge der EU zu weissagen. In der *Mail on Sunday* warnte John Laughland, ein solcher Superstaat wäre schlimmer als Stalins Sowjetunion.

In einem europäischen Superstaat würden, so die Euroskeptiker, britische Soldaten dazu gezwungen, nach der Pfeife von „Präsident“ Romano Prodi zu marschieren. Das Blau und Gold der Europaflagge würde über unseren öffentlichen Gebäuden wehen – auch über Nr. 10 Downing Street. Jahrhunderte britischer Kultur würden ebenso wie unser Gewohnheitsrecht und unsere politischen Traditionen nur noch Geschichte sein. Dann, so prophezeit der Tory-Abgeordnete John Redwood, wird das Vereinigte Königreich als unabhängige Nation verschwunden sein.

Als sich die europäischen Staats- und Regierungschefs an diesem Wochenende zum stürmischsten EU-Gipfel der vergangenen zehn Jahre trafen, wurden Ausmaß und Bedeutung dieses Treffens von keinem unterschätzt. Offizielle Vertreter in Nizza zogen Vergleiche mit dem Wiener Kongress von 1815 und dem Vertrag von Versailles 1919 und beharrten darauf, der auszuhandelnde Vertrag werde die Gestalt Europas für die nächsten einhundert Jahre festlegen. Was unbeantwortet bleibt, ist die Frage, was genau dieses neue Europa sein wird. Nach Meinung von Wissenschaftlern, Verfassungsexperten, Diplomaten und EU-Offiziellen, die vom *Observer* befragt wurden, wird es bei weitem kein Superstaat werden, auch wenn über die letztendliche Gestalt der EU keine Einigung bestand.

Die Antwort auf diese Frage wird nicht allein in Nizza entschieden. Hinter dem Impuls für eine stärkere europäische Integration existiert noch ein weiterer Impuls, der Europa von Tag zu Tag homogener werden lässt. Zudem ist der Kulturwandel kein rein europäisches Phänomen.

Von Triest bis Tralee ist eine Generation von Europäern herangewachsen, die sich dieselben Hollywoodfilme und Fernsehshows ansehen und dieselben Bücher lesen, die Gap-Klamotten tragen und Starbucks-Kaffee trinken. Ganz langsam kristallisiert sich eine europäische Identität heraus, die aufgrund der Globalisierung der Kultur als gemeinsames europäisches Wertefühl definiert ist. Und trotz aller Warnungen seitens der Euroskeptiker lässt sich ein Merkmal dieser neuen europäischen Identität nicht leugnen: Entgegen aller Bemühungen der Franzosen ist Englisch die Lingua franca unter Geschäftsleuten, Beamten und Wissenschaftlern der nachwachsenden europäischen Generation.

Ein kraftvolles Bild des neuen Europas, das jenseits der politischen Debatte entsteht, bietet die Eurostar-Verbindung von Brüssel nach London. Letzten Freitagabend lehnte David, ein 18-jähriger Student, an der Wand des Zeitungsladens gegenüber dem Eurostar-Terminal in der belgischen Hauptstadt. „Ich fühle mich mehr als Europäer denn als Belgier“, meinte er, „doch das liegt wohl an meinen italienischen Vorfahren. Europa ist ein starker Staat, und es wird noch stärker werden.“

Im Zug selbst waren Maxim, Stephanie und Melanie auf der Heimreise von der Universität in Brüssel nach Frankreich. „Wir fühlen uns alle als Europäer“, meinte Stephanie, „gleichzeitig können wir unsere nationale

Identität behalten.“

„Es gibt zwei echte Tests“, sagt Dr. Julia Smith, Leiterin des Europaprogramms des Royal Institute of International Affairs, in einem Telefongespräch aus Zagreb, wo sie einem kroatischen Publikum, dessen Land die Mitgliedschaft in der erweiterten EU anstrebt, die Feinheiten des Gipfels von Nizza erklärt hat.

„Kommt es zu einer einheitlichen europäischen Verteidigungsstreitmacht – einer echten europäischen Armee – und zu einem europaweit einheitlichen Steuersystem? Es sind diese beiden Dinge, die verhindern, dass wir uns zum europäischen Superstaat entwickeln. Tatsache ist, dass es beide niemals geben wird.“

Die französische Position zur europäischen schnellen Eingreiftruppe, das ganze Getue darum, dient ausschließlich innenpolitischen Zwecken. Das wahre Problem sind, so fürchte ich, die britischen Medien. Nehmen Sie etwa die Behauptungen, Deutschland und Italien würden eine neue Regierungskonferenz im Anschluss an Nizza planen, um eine Verfassung zur Gründung eines europäischen Superstaates zu erarbeiten. Welch horrender Unsinn!“

Andere prominente britische Wissenschaftler und Historiker wie Eric Hobsbawm, Norman Davies, Corelli Barnett und Larry Siedentop teilen diese Ansicht.

„Tatsache ist“, so Hobsbawm, „dass die Idee des Nationalstaats als souveränes, unabhängiges Gebilde ohne äußere Einmischung – so die Vorstellung des 19. Jahrhunderts – nicht länger unserer heutigen Realität entspricht. Es gibt nur einen solchen Staat: die Vereinigten Staaten, dazu vielleicht noch Japan und China. Der Rest der Welt unterliegt dem Einfluss der internationalen Märkte, globaler Unternehmen und Gremien wie der Welthandelsorganisation, die durch Verträge oder Abkommen entstanden sind und unser aller Leben beeinflussen.“

Wir leben in einer Welt, in der sich immer mehr Staaten zusammenschließen – ob in Europa, Amerika oder Asien –, um Strategien zum Nutzen der Mitgliedstaaten zu entwickeln. Das bedeutet nicht, dass neue Superstaaten entstehen, sondern nur, dass wir in einer Welt leben, in der sich verschiedene Schichten der Staatsgewalt auf unterschiedlichste Weise überschneiden.

Das eigentliche Problem für Europa ist nicht die Schaffung eines Superstaats, sondern das Machtgleichgewicht zwischen den Staaten in einer solch organisch gewachsenen Gruppe, der letztendlich möglicherweise 27 Staaten angehören werden. Diese Probleme werden enorm sein.“

Auch der Historiker Norman Davies hält den Gebrauch von Begriffen wie Superstaat zur Beschreibung der künftigen Erweiterung und der politischen Entwicklung in Europa für bedenklich. „Die Debatte wird in Form zweier Extrempositionen dargestellt, von denen keine auf das künftige Europa zutrifft. Die erste beschreibt einen amorphen, glorifizierten Gemeinsamen Markt ähnlich dem, mit dem wir angefangen haben, und sieht trotz der Herausforderungen durch die Erweiterung keine weiteren radikalen Strukturveränderungen vor. Das ist untragbar.“

Die zweite beschreibt eine klassische Supermacht mit einem Staatsoberhaupt, einer ständigen Exekutive, einer legislativen Versammlung, der gegenüber sie verantwortlich ist, und einer eigenen Judikative. Dafür gibt es weder jetzt noch für die Zukunft irgendwelche Anzeichen. In Wahrheit sehen wir die Entwicklung einer neuen Art von Gemeinwesen, wie es noch nie da gewesen ist.“

Davies glaubt, dass die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung der Art, wie sie Deutschland und Italien für eine neue Regierungskonferenz vier Jahre nach Nizza vorschwebt, und eine Charta der Rechte die EU nicht zum eigenständigen Staat und schon gar nicht zum Superstaat machen würden.

„Man kann keinen Verein und keine wirtschaftliche Organisation – nicht einmal einen Fußballklub – ohne ausführendes Organ betreiben, das ohne vereinbarte Regeln operiert. Derzeit ist dieses ausführende Organ – im Gegensatz zu dem, was die Euroskeptiker uns glauben machen wollen – der Ministerrat und nicht die Europäische Kommission unter Romano Prodi ... und diese Minister vertreten ihre nationalen Interessen,

nicht die Interessen eines Superstaats.“

Larry Siedentop, Politikprofessor in Oxford und Autor des jüngst veröffentlichten Werks *Democracy in Europe*, glaubt, dass ein „föderaler Superstaat“ im Kontext von Europa eine „komplette Fehlbezeichnung“ ist. „Letztlich könnten die derzeitigen Entwicklungen in einer Art von Föderation enden, die jedoch anders wäre als das, was wir von anderswoher kennen.“

„Wichtig ist, Zentralismus – wie ihn die Franzosen unterstützen – nicht mit Föderalismus zu verwechseln.“ Er meint, es sehe vielleicht „irgendwie aus wie ein Staat“, jedoch ein möglichst lockerer. Tatsächlich glauben Europarechts-Experten, dass jedwede Bemühung um die Ausarbeitung einer Verfassung im Anschluss an Nizza, die sich auf die Befugnisse in den bereits vorhandenen europäischen Verträgen wie beispielsweise Maastricht stützt, in Wahrheit die praktischen Grenzen der zentralisierten Befugnisse Europas definieren würde, anstatt mehr Macht von den souveränen Staaten auf einen „europäischen Staat“ zu übertragen.

„In der jetzigen Lage“, so Christophe Hillion, stellvertretender Leiter des *Centre for European Legal Studies* an der Universität von Cambridge und Experte für das Recht der europäischen Integration, „haben die Mitgliedstaaten kein großes Interesse daran, die Befugnisse der EU zu einer voll funktionsfähigen Regierung auszubauen. Vielmehr möchten sie die Art der Beschlussfassung unter ihre Kontrolle bringen. Darum geht es in Nizza.“

Sie wollen die Macht der Kommission und der EU nicht erweitern, sondern limitieren ... Tatsächlich ist das, was wir in Nizza sehen, nicht die Gründung eines Superstaats, sondern genau das Gegenteil, wenn man betrachtet, wie einzelne Staaten um die Erhaltung ihrer nationalen Identität innerhalb Europas kämpfen.“

Dieser Trend zeigt sich auch bei der Entwicklung einer europäischen Rechtsprechung, die, so die Warnung der Euroskeptiker, das britische Gewohnheitsrecht subsumieren würde. Lord Chief Justice Lord Bingham teilt diese Ansicht nicht. In einem Grundsatzurteil zu einem europäischen Menschenrechtsfall merkte er letzte Woche an, das Justizsystem der EU gewähre die Flexibilität, nationale Prioritäten zu reflektieren.

Hillion bestreitet unterdessen, dass Schritte zum Entwurf einer Verfassung nach Nizza den Rahmen für einen europäischen Staat vorbereiteten. Er unterstreicht stattdessen, es gehe nur darum, den Forderungen all jener nachzukommen, die wie der tschechische Präsident Vaclav Havel eine schlüssige Darstellung der rechtlichen Verpflichtungen gefordert hätten, die von „jedem Kind in jeder europäischen Schule“ und nicht nur von den Vertragsrechtlern der Regierungen verstanden würden.

„Europa funktioniert so“, erklärt ein ranghoher deutscher Diplomat. „Wenn ich zu Hause bin, bin ich für meinen örtlichen deutschen Fußballverein. Wenn Deutschland gegen eine andere Nationalelf spielt, bin ich für das deutsche Team. Aber wenn Europa gegen Amerika im Ryder Cup antritt, dann bin ich für die Europäer.“

Das Problem liegt darin, dass es in der britischen Gesellschaft nur ums Gewinnen oder Verlieren geht; und deshalb gehen die Briten auch die EU-Gipfeltreffen wie ein Fußballspiel an. Das ist falsch. Was man in Großbritannien nicht versteht, ist, dass wir innerhalb Europas alle gewinnen sehen wollen. Das ist es, was hinter den Bemühungen steht.

Anscheinend denken die Menschen, wenn sie das Wort Verfassung hören, automatisch an einen Superstaat. Sehen Sie, die Regelungsbefugnisse all der Einheiten in der Welt, die man als Superstaat bezeichnen möchte, sind durch die Größe ihres Haushaltes bestimmt. Das Budget der EU ist per Vertrag auf 1,27 Prozent des BIP der Mitgliedstaaten begrenzt, wobei weniger als ein Prozent in Anspruch genommen wird. Keine Großmacht benutzt weniger als 30 Prozent.

Europa ist kein föderaler Staat, wie wir ihn verstehen. Und auch keine Staatenföderation. Es ist etwas ganz Neues, etwas bisher noch nie Dagewesenes.“

Wenig überraschend unterstützt Romano Prodi, der frühere italienische Premierminister und nun Präsident der Europäischen Kommission, nachdrücklich die Ansicht, das neue Europa stelle keine Bedrohung für die Integrität seiner Mitgliedsländer dar. „Unsere Nationalstaaten können sich in einer globalisierten Welt nur auf diese Weise ausdrücken. Anders geht es nicht“, meinte er letzte Woche. Den ehemaligen Wirtschaftsprofessor Prodi umgibt eher die Aura eines genialen Wissenschaftlers denn die eines Ränke schmiedenden, machthungrigen Zentralisten an der Spitze eines aufkeimenden Superstaats, wie er von den Euroskeptikern dämonisiert wird.

Unter einem großen Engelsgemälde aus dem 17. Jahrhundert in seinem Brüsseler Büro sitzend, vergleicht Prodi die Zukunft Europas ohne die Union mit dem Schicksal Italiens während der Renaissance, als die Stadtstaaten in Wissenschaft und Wirtschaft, dem Militärwesen, den Künsten und der Technik führend waren und ihnen der Aufstieg zur Weltmacht nicht gelang, weil ihnen die politische Einheit nicht gelang.

„Am Ende ist es schließlich unvermeidbar, weil wir sonst von der Weltkarte verschwinden. Selbst Deutschland hätte nicht den Schimmer einer Hoffnung, ein entscheidendes Wort in der Welt mitzureden. Denken Sie an China. Wer nach Shanghai geht, sieht dort die ganze Welt. Können Sie sich da vorstellen, dass die Stimme eines europäischen Landes für sich allein Gehör finden würde? Wohl kaum.“

Prodis Kritiker, unter ihnen eine Reihe europäischer Regierungschefs, werfen ihm vor, er sei der schwache Führer eines enttäuschenden Teams, der es versäumt habe, das angeschlagene Image der Kommission wieder aufzupolieren. Er selbst hat es sich zur Aufgabe gemacht, Europa seinen Bürgern näher zu bringen und die Tendenz unter den europäischen Regierungen zu stoppen, sich unter Umgehung der Kommission untereinander zu verständigen.

Prodi behauptet, Fortschritte erzielt zu haben, aber er weiß sehr genau, dass er nicht der mächtigste Mann in der EU ist. „Ich bin nicht der König von Europa“, sagt er von sich selbst.

In Italien manövrierte Prodi eine Gruppe linksgerichteter Kräfte zum politischen Zentrum hin und wurde gemeinsam mit Tony Blair und Präsident Bill Clinton zum Vorreiter für den Dritten Weg. Er ist wirtschaftlich liberaler als die meisten EU-Regierungschefs und sympathisiert mit Blairs Ziel, die Steuerpolitik nicht in die Hände Brüssels zu geben.

„Mein Motto am Tag meiner Ankunft war sehr einfach: Wenn ein Land niedrige Steuern und teure Krankenhäuser oder höhere Steuern und kostenfreie Krankenhäuser haben möchte, warum nicht? Oder kostenfreie Schulen, warum nicht? Mich stört das nicht.“

Denis Staunton ist Korrespondent der Irish Times